

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2014 9.805,55 Punkte
30.09.2015 9.660,44 Punkte (- 1,48%)

Nach einem fulminanten Jahresbeginn ist der Dax in den letzten Wochen nochmals deutlich unter Druck geraten. Zur Zeit sucht er seinen Boden und testet die im August erreichten Tiefstände. Seit dem April-Hoch von knapp 12.400 Punkten hat der Index in der Spitze 3.000 Punkte verloren. Dies sind fast 25%. Sind das Anzeichen, die auf eine schlechtere Konjunktur hindeuten? Der nun ans Tageslicht gekommene VW-Skandal und der daraus resultierende Reputationsverlust trifft die deutsche Exportindustrie, an deren Spitze sich die Automobilwirtschaft befindet, durchaus an einer empfindlichen Stelle. Dem gegenüber steht bis dato in 2015 eine erstklassige wirtschaftliche Entwicklung. Die Bundesbank konstatiert ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Die Beschäftigung hat ein Rekordniveau von 42,9 Mrd. Personen erreicht. Deren Durchschnittslöhne sind um knapp 3% gestiegen, die nicht nennenswert durch eine Inflation geschmälert werden. Die niedrigen Energiekosten füllen zusätzlich die Portemonnaies der Verbraucher. Entsprechend günstig entwickelten sich die Einzelhandelsumsätze. Die Exportindustrie boomt. Gegenüber dem Vorjahr verzeichneten sie eine Steigerung von 4,5%. Die Leistungsbilanz erreichte neue Rekorde. Laut Sparkassen- und Giroverband hat der Mittelstand seine bisher zurückhaltende Investitionsneigung aufgegeben. Die Summe der Kredite steigt erstmals seit 3 Jahren wieder. Die Steuereinnahmen erreichten bisher ein Plus von 5,9% und liegen damit deutlich über den Erwartungen. Die Kosten für die Aufnahme von 1 Mio. Flüchtlingen sowie die Prüfung deren Asylanträge werden sich voraussichtlich auf 10 Mrd. Euro belaufen. Diese Ausgaben werden laut dem Institut für Deutsche Wirtschaftsforschung (DIW) zu einem Wachstumsimpuls von 0,25% in 2016 führen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) sieht Deutschland vor einem Wirtschaftsboom. Nun irrten sich Aktienmärkte und Wirtschaftsforschungsinstitute in der Vergangenheit öfter, als das sie recht behalten haben. Die Wahrheit dürfte wahrscheinlich in der Mitte liegen. Sinkende Aktienpreise führen bei stagnierenden oder gar steigenden Unternehmensgewinnen zu günstigeren Aktienbewertungen und höheren Dividendenrenditen. Beide Parameter machen Aktien zur Zeit sehr attraktiv. Langfristig orientierten Anleger bieten sich daher günstige Bedingungen für ein Engagement. Die Dividendenrendite von Aktien beträgt ein Mehrfaches gegenüber der Verzinsung für Bundesanleihen. Deutschland und Europa stehen angesichts der Flüchtlingsströme vor großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Das Nachlassen der Wachstumsdynamik in den Schwellenländern und insbesondere in China wurden in den letzten Wochen zunächst als Grund für die Kurskorrekturen an den Aktienmärkten

angeführt. Der Skandal um VW trägt nun ein Übriges dazu bei, die Stimmung für Aktien zu beschädigen. Deutsche Anleger haben trotz zunächst steigender Kurse in 2015 kräftig Aktien verkauft. Mit dem VW Skandal könnten die Mittelabflüsse deutscher Anleger aus Aktien die negative Rekordmarke aus dem Jahr 2008 übersteigen. Kurzfristig gesehen mögen diese vorsichtigen Anleger Recht behalten. Ein künftiger Anstieg findet jedoch in der Regel ohne sie statt. Es ist schade, dass das wirtschaftlich stärkste Land der Welt die Früchte der eigenen Leistung anderen überlässt. Für VW ist die aktuelle Situation sicherlich ein Albtraum. Die Erfahrung zeigt, dass grundlegende Veränderungen nur durch Krisen erreicht werden können. Die Wirtschaft als dynamischer Prozess gesehen, kommt mit den Herausforderungen besser zurecht als die Politik, die längere Entscheidungswege benötigt. Im Falle der Flüchtlinge besteht aber auch hier ein hoher Handlungsdruck, der auf eine Beschleunigung der Verfahren unter Anwendung des bestehenden Rechts hinausläuft. Dank eines großen ehrenamtlichen Engagements haben wir bisher das Flüchtlingsproblem sehr gut bewältigen können. Dies ist auch eine stolze Leistung, für die uns durchaus großer Respekt entgegengebracht wird.



Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2014 471,82 Punkte
30.09.2015 473,99 Punkte (+ 0,46%)

Die Zinsen für deutsche Bundesanleihen befinden sich weiter auf einem historisch sehr niedrigem Niveau. Eine prosperierende Wirtschaft führt in der Theorie über steigende Löhne zu steigenden Preisen und damit auch zu steigenden Zinsen. Ist diese alte Regel nun außer Kraft gesetzt? Die Wirtschaft wächst und die Löhne entwickeln sich dynamisch. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Produktivität der deutschen Wirtschaft in der Regel stärker gestiegen als die Löhne. Folglich haben die Löhne durchaus Nachholbedarf. Die Güter des alltäglichen Bedarfs wie Lebensmittel verzeichnen sinkende Preise. Aldi beabsichtigt mit der Aufnahme von 50 Markenartikel sein Sortiment zu erweitern. Der Preiskampf und der damit verbundene Verdrängungskampf im Einzelhandel dürfte damit in eine neue Runde gehen.

Zusätzlich liegen Öl- und Benzinpreise auf Mehrjahrestiefständen. Die Inflation erreichte jüngst wieder die Null-Prozent-Marke. Damit ist die Argumentationskette für steigende Zinsen an der Stelle Inflation unterbrochen. Für die deutschen Arbeitnehmer und Verbraucher ist dies zur Zeit ein erfreuliches Umfeld. Anders sieht es in vielen Teilen der Welt aus. Insbesondere der Rückgang der Energiepreise reißt große Löcher in die Staatshaushalte der Energie exportierenden Länder. Diese sind einem erheblichen wirtschaftlichen Druck und aufgrund der fehlenden Einnahmen einer wachsenden Verschuldung ausgesetzt. Ebenfalls kritisch ist die Situation in der Rohstoff-, Öl- und Gasindustrie. Angesichts der bis 2008 stark steigenden Preise, wurden erhebliche Investitionen und Kapazitätserweiterungen finanziert. Den damit verbundenen Krediten in einem Umfang von geschätzten 2 Bio. USD drohen Abschreibungen zu Lasten der Banken. Die Summe der ausfallgefährdeten Kredite liegt höher als bei der US-Hypothekenkrise im Jahr 2008. Droht damit die nächste Bankenkrise? Was folgt aus dieser weniger erbaulichen Analyse? In einer schuldenbasierten Welt dürfen die Zinsen nicht steigen, sonst droht die Zahlungsunfähigkeit von Staaten, Banken und eigenkapitalschwachen Unternehmen. Die führenden Notenbanken dieser Welt, wie die US-Notenbank (Fed), die Bank of Japan (BOJ), die Bank of England (BOE), die Bank of China (BOC) und die europäische Zentralbank (EZB) kämpfen alle mit den gleichen Schuldenproblemen. Die Diskontsätze tendieren gegen Null und sind teilweise sogar negativ. Zusätzlich kaufen die Notenbanken Anleihen auf (Quantitative Easing) und drücken damit Zinsen auch von langlaufenden Anleihen gegen die Null-Linie.



Angesichts der verbesserten konjunkturellen Lage der USA möchte die Fed eine Normalisierung der Zinspolitik wagen. Diese musste sie bereits mehrfach verschieben. Dadurch wurden die Märkte zusätzlich verunsichert. Das Dilemma bleibt bestehen. Schulden sind Hypotheken, die eine Belastung für die Zukunft darstellen. Das

Problem wird dadurch nicht kleiner. Zinsen nahe der Null-Linie sind zumindest aus pragmatischer Sicht ein Versuch, das Schuldenproblem in den Griff zu bekommen. Die erhoffte Inflation ist zum Leidwesen der Schuldner bisher ausgeblieben.

Europäische Aktien (Euro Stoxx 50 Index)

31.12.2014 3.146,43 Punkte
30.09.2015 3.100,67 Punkte (- 1,45 %)

In ihrem monatlichen europäischen Konjunkturbericht vom ersten Oktober titelt die FAZ : „Die Konjunktur ist robuster als gedacht.“ Mit Blick auf meine Aufzeichnungen kann ich das bestätigen: Das Geschäftsklima und die Stimmung der Einkaufsmanager befinden sich in Europa auf einem 4-Jahreshoch. Die europäische Handelsbilanz, die bis zur Finanz- und Europakrise chronisch defizitär war, das heißt Europa importierte mehr Güter als es exportierte, verzeichnet mittlerweile satte Überschüsse. Die Finanzierung der EU-Gemeinschaftsaufgaben könnten damit aus eigenen Mitteln unabhängig von ausländischen Investoren erfolgen. Leider belasten weiterhin die politischen Spannungen innerhalb Europas die wirtschaftlichen Chancen. Der Einbruch der europäischen Konjunktur als Folge der politischen Krise in 2011 ist immer noch nicht überwunden.

Die jahrelange Kontraktion der Geldmenge konnte beendet werden. Die Bilanzaufräumarbeiten der Banken laufen langsam aus. Die Kreditvergabe beginnt wieder zu steigen. In Italien liegt der junge Regierungschef Renzi im Aufwind. Erstmals seit 1996 erwirtschaftet Italien einen Handelsbilanzüberschuss. Trotz der wirtschaftlich noch immer angespannten Lage, hat sich das Verbrauchervertrauen dort kräftig erholt. Auch Frankreich ist es gelungen, die Exporte kräftig zu steigern. Mittlerweile steht sogar die 35-Stunden Woche zur Diskussion. Eine Mehrheit der Franzosen plädiert dafür, diese Fragen auf Betriebsebenen zu beantworten. Spanien ist heute sogar das europäische konjunkturelle Zugpferd. Die Wachstumsprognosen wurden bereits mehrfach auf mittlerweile 3,5% angehoben. Die faulen Kredite in den Bilanzen der Banken sind immer noch extrem hoch (11,6%), aber ihr Anteil fällt doch stetig. „Podemos“, die Bewegung der Linkskräfte in Spanien, hat durch die vielen Kurswechsel der griechischen Linken, an Momentum verloren. Die katalonischen separatistischen Kräfte konnten bei den Regionalwahlen nicht den erhofften klaren Sieg einfahren. Die absolute Mehrheit wurde verfehlt. Dies ist ein Sieg der Vernunft. Katalonien ist zwar regional wirtschaftlich stark und stolz auf seinen FC Barcelona als weltbesten Fußball-Club, aber es ist ebenso reich wie stark verschuldet wie beispielsweise unser Stadtstaat Hamburg. Außerhalb Spaniens und damit der EU hätte Katalonien keine Chance. Die Anleihen Kataloniens stehen heute schon auf Ramsch-Niveau.

Über Griechenland wurde viel geschrieben. Das Thema hat sich Gott sei Dank abgenutzt. Es war die Aufführung eines absurden Theaterstückes auf der europäischen Bühne der Realität. Nachdem 61% der Griechen in der Volksabstimmung für ein

Beibehalten der harten Verhandlungslinie stimmten, schien eigentlich der freiwillige Austritt aus dem Euro die einzig verbliebene Option zu sein. Dann kam die Kehrtwende von Syriza. Schließlich stimmten dann 229 von 300 Abgeordneten dem neunzig Mrd. Hilfspaket der europäischen Partner unter Annahme des Sparpaketes zu. Nachvollziehbar ist dies nicht. Dass Ministerpräsident Tsipras anschließend auch völlig überraschend zurücktrat, hatte offensichtlich machtpolitische Gründe. Seine klare Wiederwahl überraschte viele. Aus diesem monatelangen unwürdigen Gezerre um Macht – einschließlich der Verhandlungen mit der EU – bleiben nur Verlierer zurück. Es wird noch einige Zeit dauern, bis Griechenland den Status Quo, den es Ende 2014 mit dem fast erreichten Zugang zu den Kapitalmärkten sich wieder verschafft hatte, erreichen kann. Die Situationen in den ebenfalls stark von der Krise betroffenen Ländern Irland, Portugal und Spanien sind mittlerweile deutlich günstiger. Laut einer Figaro-Umfrage unterstützten 73% der Franzosen den harten Kurs des Duos Merkel-Schäuble in den Verhandlungen um das Schuldenpaket mit Griechenland.

Der „Allianz Global Wealth Report 2015“ offenbart eine brisante Entwicklung: Dank konsequenter „Schuldendisziplin“ konnte der Euroraum erstmals seit der Finanzkrise wieder ein höheres Vermögenswachstum als Nordamerika verbuchen. Dies ist ein struktureller Erfolg, der ein gutes Omen für die Zukunft bedeutet. Mit der Flüchtlingskrise steht Europa vor weiteren großen Herausforderungen. Unter der Leitung von Deutschland könnten wir viel von dem verlorenen Vertrauen zurückgewinnen, dass der Streit um den generellen Kurs in der europäischen Gemeinschaft seit 2010 verursacht hat. Es geht nicht um das „Warum“ und „Weshalb“ der Flüchtlingsfragen. Die Menschen stehen jetzt an unseren Grenzen. Für große Diskussionen ist es nun zu spät. Die Situation erfordert Handlungen, die auf pragmatisch-unternehmerischer Basis erfolgen müssen. Die Aufnahme und die Regelung der Asylverfahren müssten auf europäischer Ebene verabschiedet werden. Dabei werden wir nicht allen gerecht werden können. Aber wir müssen wenigstens den Versuch unternehmen. Das Bauen von Mauern, Zäunen und das Verlegen von Stacheldraht ist jedenfalls keine Lösung.



Der Euro versus USD

31.12.2014 1,2095 US\$ je Euro
30.09.2015 1,1169 US\$ je Euro (- 7,66%)

Gegenüber dem 30.06. hat sich der Euro gegenüber dem USD kaum verändert. Dabei erlebten die Devisenmärkte in den vergangenen Monaten sehr turbulente Zeiten. Die Impulse gingen dabei von China und den zunehmend in Bedrängnis geratenen rohstoff- und energieexportierenden Ländern aus. Die Wirtschaftsstärke und die Aussicht auf eine Liberalisierung des Währungshandels in China führten zu einer Aufwertung des chinesischen Yuans in den letzten Jahren. Diese wurde offensichtlich zu einer Belastung für die chinesischen Exporte, die im Juli überraschend um 8% fielen. Als Reaktion darauf wertete die chinesische Notenbank mit einem Paukenschlag den Yuan über Nacht um 2% ab. Diese Maßnahme wurde schlecht kommuniziert und eine weitere Abwertung überraschte die Märkte zursätzlich. Damit wurden Zweifel an der Stabilität der chinesischen Wirtschaft laut, die auch zu Kursrückgängen an den globalen Aktienmärkten führten. Daneben wurden Schwellenländer mit in den Abwertungssog des Yuan gerissen.



Im Zusammenhang mit den Entwicklungen an den Devisenmärkten möchte ich nun auf das überraschende Phänomen einer fallenden globalen Geldmenge eingehen. Viele rohstoff- und energieexportierende Länder gerieten in eine missliche Situation durch den stetigen Rückgang der Rohstoff- und Energiepreise. Um Haushaltslöcher stopfen und um konjunkturstützende Maßnahmen ergreifen zu können, werden Devisenrücklagen aufgelöst, die in der Regel in der Form von US-Staatsanleihen gehalten werden. Dadurch schrumpft die globale Geldmenge. Das ist schlecht für die Wirtschaft, für die Geld das Lebenselixier ist. Den Notenbanken von Ländern (z.Bsp. China, Saudi Arabien, Russland), die

Devisenreserven auflösen, müssen Notenbanken anderer Länder gegenüberstehen, die diese Mittel aufnehmen. Es irritiert, dass die US-Notenbank Fed, um deren Währung USD es geht, jetzt auf einen restriktiveren Kurs einschwenken möchte.

Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2014 **2.058,90 Punkte**
30.09.2015 **1.920,03 Punkte (- 6,74%)**

Augenscheinlich ist die US Wirtschaft in einer so guten Verfassung, dass die amerikanische Notenbank Fed entschlossen ist, die bereits mehrfach verschobene Zinserhöhung noch in 2015 vorzunehmen. Doch der Schein könnte auch trügen. Kritiker bemängeln, dass die von der statistischen Bundesbehörde ermittelte Arbeitslosenquote von 5,1% geschönt ist. Nach europäischen Standards berechnet läge diese bei über 10%. Trotz sinkender Arbeitslosenquoten, verbleibt die Lohnsumme im Ganzen auf einem niedrigen Niveau. Seit Ausbruch der Finanzkrise wurden 1,4 Mio. gut bezahlte Jobs in den Niedriglohnsektor verschoben. Zur Zeit werden gute Jobs in der Öl- und Gasindustrie abgebaut. Die US Wirtschaft besteht zu 70% aus Konsumausgaben. Da diese weiter expandieren und die Einkommen zurückgehen, steigt die Konsumentenverschuldung. Seit 2008 ist diese im Schnitt um weitere 25% gestiegen. Aus pädagogischer Sicht wären Zinserhöhungen durchaus vertretbar, es sei aber daran erinnert, dass die Hypothekenkrise auch durch steigende Zinsen, die nicht mehr bedient werden konnten, ausgelöst worden ist. Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und viele Schwellenländer warnen vor Zinserhöhungen. Die Turbulenzen an den Kapitalmärkten engen den Spielraum der US-Notenbank Fed weiter ein. Es wird offensichtlich, dass die Fed und damit Frau Yellen ein Kommunikations- und Strategieproblem hat, aus der es nur schwer einen Ausweg gibt. Die Märkte hätten sich durchaus gewünscht, dass die Fed im September eine symbolische Anhebung vorgenommen hätte, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten. So bleibt dieser Belastungsfaktor bis auf weiteres bestehen. Für eine Beibehaltung der bisherigen Zinspolitik spricht das schwächer als erwartete Wirtschaftswachstum der USA. Die Stärke des USD, die durch die Ankündigung von Zinserhöhungen ausgelöst wurde, lastet auf der Exportindustrie. Die Exporte in Containern sind im vergangenen Jahr um 29% gesunken. Auch die Gewinne der Unternehmen stagnieren mit negativer Grundtendenz. Für die US-Aktienmärkte sind das keine guten Vorzeichen. Aussenpolitisch war die Unterzeichnung des Iran-Atomabkommens gegen den erbitterten Widerstand der Republikaner ein Meilenstein. Dies wurde ermöglicht durch eine enge Abstimmung und Unterstützung durch Russland, China und Europa. Am Rande der UN-Vollversammlung trafen sich Putin und Obama erstmals seit zwei Jahren. Das sind Zeichen der Hoffnung. Es wäre zu wünschen, wenn sich die Weltgemeinschaft auch im Falle von Syrien ihrer kollektiven Verantwortung bewußt ist, um eine gemeinsame Strategie zu finden, diesen Krieg zu beenden, der 250.000 Opfer und Millionen von Flüchtlingen hervorgebracht hat.

Die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr werfen ihre Schatten voraus. Sollte ein Kandidat wie Donald Trump Präsident werden, kommen schwere Zeiten auf uns alle zu. Die Präsidenten dieses self-made Milliardärs sind geradezu haarsträubend und würden meiner Meinung nach zu einer großen Belastung des inneren und äußeren Friedens des Landes werden. Schon heute entspricht das Land mit der Beibehaltung der Todesstrafe, liberalen Waffengesetzen und der offensichtlichen Diskriminierung von Schwarzen keinen aufgeklärten Standards. Mit Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung, der Anerkennung der Homosexualität und dem Iran-Atomabkommen erlitten die Republikaner bittere Niederlagen. Sie werden mit aller Macht versuchen, diese wettzumachen. Darin liegt eine große Gefahr für das Land. Der Papst besuchte jüngst bei seinem Aufenthalt in Amerika eines der zahlreichen amerikanischen Gefängnisse. In der Zahl sind es 4.500, so viele wie es Colleges und Universitäten gibt. In Amerika werden drakonische Strafen mit wenig Aussicht auf Rehabilitation verhängt. In Relation zu der Bevölkerungszahl ist Amerika mit Abstand das Land mit der höchsten Quote an Gefangenen. Diese liegt bei knapp 0,78% der Bevölkerung (Vergleichsquoten Russland 0,47%, China 0,12% und Deutschland 0,08%).



Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2014 **17.450,77 Punkte**
30.09.2015 **17.388,15 Punkte (- 0,36 %)**

Auch Japan hat einen großen Unternehmen-Skandal, der mindestens gleich große Ausmaße wie der VW-Skandal in Deutschland hat. In Japan ist die Rede von Toshiba, einem Unternehmen, welches auf eine 140-jährige Geschichte zurückblickt. Wie jetzt ans Licht gekommen ist, wurden dort seit 2008 die Bilanzen manipuliert. Der tatsächliche Schaden ist immens. Langfristig dürfte wie bei VW der Verlust von Vertrauen am schwersten wiegen. Daran schließt sich eine interessante Frage an: Wußten Sie von diesem aufsehenerregenden Skandal? Vermutlich werden auch Japaner die betrügerischen Machenschaften von VW kaum mit Aufmerksamkeit verfolgen, sowenig wie wir Kenntnisse von den Problemen von Toyota haben. Wirtschaftlich waren die letzten Monate in Japan widersprüchlich.

Der Ausweitung der Einzelhandelsumsätze stand eine Eintrübung des Verbrauchervertrauens gegenüber und die bessere Stimmung bei den Unternehmen kontrastierte mit einem skeptischeren Konjunkturbericht (Tankan) der japanischen Notenbank. Trotz der extrem expansiven Geldpolitik der japanischen Notenbank ist die Inflation wieder an der Null-Linie angelangt. Die Deflationsgefahr ist weiter latent und ist gleichzeitig Ausdruck der gedämpften wirtschaftlichen Aktivitäten im Inland. Das Land mit jetzt 120 Mio. Einwohnern läuft Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Die Bevölkerung wird nach langfristigen Prognosen auf 100 Mio. Menschen sinken. Wer soll dann noch die Belastungen und die Verpflichtungen tragen? Das Land bedarf daher dringend einer Modernisierung und kulturellen Öffnung, die auch Einwanderung zulässt. Das ist die Regierung unter Ministerpräsident Abe trotz hehrer Versprechungen schuldig geblieben. Im Gegensatz zu Abe hat Kaiser Akioto nach einem jahrzehntenlangen Schweigen eine „tiefe Reue“ für die Verbrechen der Japaner im zweiten Weltkrieg gezeigt.



Der japanische Aktienmarkt konnte sich trotz seiner Nähe zu China zunächst noch relativ gut halten und ist aber dann doch zum Ende des Quartals in den Sog der allgemeinen Baisse der internationalen Kapitalmärkte geraten.

Aktien Schwellenländer

31.12.2014 **97.552,70 Punkte**
30.09.2015 **90.858,76 Punkte (- 6,86%)**

In den Schwellenländern läuft es nicht mehr rund. Die Wachstumsraten in den Industrieländern liegen teilweise höher als in den sogenannten „unterentwickelten“ Ländern. Russland leidet weiterhin unter den Sanktionen und den Kapitalabflüssen. Die Wirtschaft wird in 2015 um 3,4% kontrahieren, bevor sie sich im

kommenden Jahr stabilisieren könnte. Am schlimmsten ist die Situation in Brasilien. Trotz Fußball-WM in 2014 und die olympischen Spiele im kommenden Jahr ist die Situation desolat. Die politische Krise scheint noch größer als die wirtschaftliche zu sein. Der Korruptionsskandal um den staatlichen Energiekonzern Petrobras ist ein Zeichen für den zerrütteten Zustand des Landes, an dem die politischen Eliten nicht unschuldig sind. Die Mittelschicht des Landes war bis 2008, als der Rohstoffboom seinen Höhepunkt hatte, stetig gewachsen. Wirtschaftlich völlig unerfahren haben brasilianische Haushalte eine hohe Konsumentenverschuldung in Kauf genommen, die jetzt in wirtschaftlich schlechten Zeiten, den errungenen Wohlstand der Mittelschicht gefährden. Brasiliens Wirtschaft schrumpft in 2015 voraussichtlich mit über 6% bei einer Inflationsrate von 10%. Mittlerweile ist der brasilianische Real zu einer ausgeprägten Schwachwährung geworden.



What go's up, must come down – beschreibt immer noch recht gut die Entwicklung der chinesischen Aktienkurse in 2015 (siehe Chart). Dabei läßt die Regierung nichts unversucht, den Kursverfall zu stoppen - vergebens. Wenn Aktienengagements der Bevölkerung überwiegend auf Kredit eingegangen werden, dann hilft kein Appell an die Leidenschaft der Anleger, die von ihren Kreditgebern gezwungen werden, ihre Kredite zurückzuführen. Statt Reichtum sehen sich viele spekulationsfreudige Chinesen mit Schulden konfrontiert. Als Folge davon ist die Anzahl und die Ausgabefreudigkeit der chinesischen Touristen im Ausland bereits spürbar zurückgegangen. Auch der Automarkt ist ins Stocken geraten. Die Neuzulassungen von PKW's sind zwischen 2000 und 2014 um jährlich 27% gestiegen. Nun ist der Markt gesättigt und die ausgebliebenen Aktiengewinne können nicht in den Kauf von neuen PKW's investiert werden. Im Juli verzeichnete der Automarkt einen Rückgang von 6,7%. Unternehmen wie VW erzielen 50% ihrer Konzerngewinne im Reich der Mitte. Neben dem internen Abgasskandal gibt es also externe Gründe, die starke Belastungen für die VW Aktien darstellen. Positiv zu vermerken ist die Entspannung zwischen Nord- und Südkorea. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit geben aber keinen Anlass zur grundsätzlichen Entwarnung.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2014
30.09.2015

1.184,31 USD je Feinunze Gold
1.114,88 USD je Feinunze (- 7,63%)

Die Talfahrt bei den Industriemetallen wie Kupfer und Platin hat sich weiter verschärft. Insbesondere ein Rückgang der potentiellen Nachfrage aus China dämpft die Preiserwartungen. Mittlerweile liegen auch die Nerven der Investoren zunehmend blank. So verlor Glencore, als einer der größten internationalen Rohstoffkonzerne mit 180.000 Mitarbeitern, innerhalb von Stunden 30% des Börsenwertes. Dafür gab es keine stichhaltigen Erklärungen. Einen großen Teil der Verluste wurde in der Zwischenzeit wieder aufgeholt. Ein großes Problem der Rohstoff- und insbesondere der Öl- und Gaskonzerne ist die hohe Verschuldung, bei nun ausbleibenden Umsatzerlösen. Öl ist zwischenzeitlich weit unter 50 USD je Barrel gesunken. Pro Tag werden 2 Mio. Barrel mehr produziert als verbraucht. Auf See lagern weitere 30 Mio. Barrel in Öltankern. Die Aufhebung der Iran-Sanktionen wird zur Ausweitung der Fördermengen führen. Dies sind keine guten Aussichten. Das ist auch die feste Meinung von der US-Bank Goldman Sachs, die nun einen Ölpreis von 20 USD je Barrel prognostiziert. Unvergessen ist die Prognose des gleichen Hauses aus dem Jahr 2008, als man den Ölpreis auf 200 USD je Barrel steigen sah. Obwohl Obama dem Konzern Shell die Erlaubnis erteilt hat, in der Arktis nach Öl zu bohren, hat dieser angesichts der desolaten Preissituation seine Pläne vorerst begraben.



Auch beim Gold ist die Produktion höher als die Nachfrage. China gab nun jüngst – wie alle 5 Jahre - die Höhe seiner Goldbestände bekannt. Erwartet wurde eine Menge von 3.000 Tonnen. Tatsächlich ist China lediglich im Besitz von 1.600 Tonnen. Die Goldpreishaussage wurde scheinbar daher noch stärker von spekulativen Kräften getragen, als Marktteilnehmer das bisher vermuteten. Zusätzlich belastet die Aussicht auf steigende Zinsen in den USA die Preisentwicklung. Die Zeit, als das Metall als Krisenwährung reüssierte, scheint vorerst der Vergangenheit anzugehören. Aufmerksamkeit fand die Nachricht, dass 6.000 deutsche Anleger Opfer einer Goldfälschung wurden. Die 4 Tonnen Gold, die im Tresor lagerten, entpuppten sich zum großen Teil als Attrappe.

Trotz sorgfältiger Recherchen übernimmt der Verfasser keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen. Sie geben seine persönliche Meinung wieder (Stand 30.09.2015). Anlageempfehlungen können daraus nicht abgeleitet werden. Diese können nur Gegenstand einer persönlichen Beratung sein.

Redaktion:

Michael Scheidgen

private finance e.K.

Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon: 02631/953960

Zitatekalender:

„Angesichts des Chaos an den Finanzmärkten von heute bin ich so manches Mal zu dem Schluss gekommen, dass es gegen die Übel der Zeit helfen könnte, ein Wertpapier zu kaufen und es nie wieder zu verkaufen - so wie man eine Ehe bis zum Tod schließt. Dies würde die Anleger zwingen, ausschließlich auf die langfristigen Aussichten zu achten“

John Maynard Keynes, 1883-1946

„Ich übernehme die Verantwortung für einen Text, an den ich nicht glaube, aber den ich unterzeichnet habe, um ein Desaster für das Land zu vermeiden.“

Alex Tsipras, griechischer Ministerpräsident, 16.07.2015

„Es ist bestürzend, dass die griechische Regierung gegen die Geldgeber gepokert hat, ohne einen eigenen Plan für den Ausstieg aus der Währungsunion zu haben.“

Paul Krugmann, Wirtschaftsnobelpreisträger, FAZ, 21.07.2015

„Crash Angst: Bild erklärt, warum die Weltwirtschaft schwächelt. China, Brasilien und Japan im Abwärtstrudel – Was das für Deutschland bedeutet“

Bild Zeitung, 18.08.2015

„Die deutsche Wirtschaft expandiert nach und nach in die Hochkonjunktur.“

Institut für Wirtschaftsforschung, IfW Kiel, 12.09.2015

„Keine Organisation kann auf Heuchelei verzichten. Das VW Management ist daran gescheitert, dass es nicht professionell genug gehandelt hat.“

Prof. Stefan Rühl, Interview FAZ, 29.09.2015